

1. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

14. Mai 1958

227/A.B.
zu 246/JAnfragebeantwortung

In einer Anfrage, betreffend Massnahmen zur Ordnung der Erdgasbewirtschaftung, haben die Abgeordneten Dr. G r e d l e r und Genossen die Befürchtung ausgesprochen, dass ohne sachlich begründete Rechtfertigung der oberösterreichischen und steirischen Industrie das für sie wichtige Erdgas vorerthalten wird, und angefragt, ob der Bundesminister für Handel und Wiederaufbau bereit ist, Massnahmen zu treffen, dass auch den Bedürfnissen der Bundesländer Steiermark und Oberösterreich Rechnung getragen wird.

In Beantwortung dieser Anfrage teilt Bundesminister für Handel und Wiederaufbau Dr. B o c k folgendes mit:

Zunächst möchte ich feststellen, dass die seinerzeitige Aufteilung der aus der Förderung der ÖMV-AG. stammenden und einer Marktversorgung zuzuführenden Erdgasmengen zwischen der ÖMV-AG, einerseits, der Gemeinde Wien, der Niogas und der Steirischen Femgas Ges.m.b.H. andererseits durch Abschluss von Verträgen auf kommerzieller Basis erfolgte.

Darüber hinaus ist eine behördliche Einflussnahme auf die Verteilung der für Versorgungszwecke zur Verfügung stehenden Erdgasmenge mangels der hiezu erforderlichen gesetzlichen Grundlagen nicht möglich.

Auf Grund dieser Sachlage muss die Art der Verteilung der von der ÖMV-AG. abzugebenden und wirtschaftlichen Versorgungszwecken zuzuführenden Erdgasmengen auch weiterhin kommerziellen Abmachungen überlassen bleiben.

-.-.-.-.-